sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig nicht vergessen, der, zitternd vor Brüning, es abgelehnt hat, gegen die Notverordnung Stellung zu nehmen und lediglich zur Kenntnis nahm, „daß die Reichstagsfraktion dazu Stellung nehmen wird".

Die nachträgliche Fälschung der Stellungnahme des Parteitages der SPD zur Notverordnung durch die „Linken" verfolgt nur den Zweck, **ihre Verantwortung für die Gesamtpolitik der Partei**, für die bedingungslose Fortführung der Tolerierungspolitik vor den rebellierenden Arbeitern der SPD **zu vertuschen.**

Weiter heißt es in dem „Mahnruf" der „Linken", daß der Beschluß der Reichstagsfraktion bei den von der Notverordnung Betroffenen „eine tiefe Erbitterung auslösen und die Kampfkraft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schwächen" werde. Dann heißt es wörtlich:

„Wie wir die Tolerierungspolitik von ihrem Anbeginn an bekämpft haben, so haben wir auch diesem Beschluß aufs entschiedenste Widerstand geleistet. Wir halten diesen Beschluß für falsch und gefährlich, wir **lehnen die Verantwortung für ihn und seine Folgen ab** ... Angesichts dieser Situation fordern wir, daß die Reichstagsfraktion ihren Beschluß vom 16. Juni sofort korrigiert (!) und auf alle Konsequenzen hin die unverzügliche Beseitigung dieser die Massen belastenden Notverordnung verlange."

Sie lehnen die Verantwortung ab! Aber sie können die Verantwortung gar nicht ablehnen. Nicht nur deshalb, weil sie es waren, die in allen entscheidenden Fragen auf dem Leipziger Parteitag letzten Endes vor dem Parteivorstand kapitulierten, weil die ganze Praxis der „Linken" sich mit der Politik des Parteivorstandes deckt, sondern weil **jeder die Verantwortung trägt für die Politik seiner Partei, wenn und solange er die Mitgliedschaft in ihr aufrechterhält.**

Der Sinn des „linken" Manövers

Daß die „Linken" mit ihrem Mahnruf nicht nur für sich selbst diesen Bruch verhindern, sondern daß sie vor allem erreichen wollen, daß die Massen der ehrlichen oppositionellen SPD-Arbeiter diesen Bruch nicht vollziehen, das sagt in der gleichen Nummer des „Klassenkampf" Sendewitz in einem offenbar als Erläuterung des Mahnrufs gebrachten Artikel „Die Tolerierung der Notverordnung", wenn er im letzten Absatz dieses Artikels unter der Ueberschrift „Keiner darf die Kampffront verlassen" wörtlich schreibt:

„Nach dem Fraktionsbeschluß, die neue Notverordnung zu tolerieren, sind viele wackere Kämpfer enttäuscht worden und haben sich die Frage gestellt, ob es denn überhaupt möglich sei, gegen den Apparat die Politik der Opposition durchzusetzen. **Allen denen sagen wir, daß nicht nur unser Wille und unsere Arbeit, sondern vor allem die ökonomische Entwicklung für die Durchführung unserer Forderungen und unserer Politik in der Partei wirkt und daß es verfehlt wäre, kurz vor der Entscheidung die Flinte ins Korn zu werfen und die Position der Opposition zu schwächen."**

Ja, welche „Positionen" hat denn die Opposition in der Sozialdemokratie? Was hier bewußt verschwiegen wird, ist ja gerade eine der wichtigsten Tatsachen des Entwicklungsprozesses der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter, nämlich die Tatsache, daß ihre Enttäuschung nicht allein eine Folge der Politik der Partei, sondern vor allem auch eine **Enttäuschung über die Feigheit und Unkonsequenz der „Linken" ist.**

Die Antwort des Vorwärts

Der Vorwärts antwortet in seiner Morgenausgabe vom 3. Juli auf den Mahnruf der „Linken", den er als eine „Sonderaktion" bezeichnet und daran die unmißverständliche **Drohung** knüpft:

„Dieser Schritt steht im Widerspruch zu dem Geist und der dringlichen Mahnung des Leipziger Parteitages, nicht mit der Einheit der Partei zu spielen, und zu der entschiedenen Verurteilung, die der Disziplinbruch der Neun durch eine überwältigende Mehrheit der Partei gefunden hat. Wir hoffen, daß die zuständigen Organisationen Mittel und Wege finden werden, um derartige Versuche bereits in den Anfängen zu unterbinden."

Die „linken" Retter der Panzerkreuzerpartei

Die Unterzeichner des Mahnrufs fordern zur Einsendung von Zustimmungserklärungen auf, und ganz in der gleichen Linie liegen bereits Resolutionen des Bezirksvorstandes Zwickau-Plauen und des Bezirksvorstandes Pommern der SPD, die die gänzliche Aufhebung der Notverordnung verlangen und im selben Atemzug zur Wahrung der Einheit der Partei aufrufen.

Was wollen die „Linken" mit diesem neuen Manöver? Nichts anderes, als das, was seit Bestehen ihrer „linken" Opposition ihre eigene Aufgabe ist: **die Einheit der Partei der Panzerkreuzer-Bewilliger und Notverordnungs-Politiker unter allen Umständen zu wahren** und den einzigen Prozeß der Arbeiterklasse, der ihre Kampfkraft in diesem Augenblick wirklich stärkt, nämlich den Zusammenschluß aller klassenbewußten Elemente unter dem Banner des Kommunismus, zu verhindern.

Nichts ist dafür bezeichnender, als die Haltung, die das Organ der **brandlerischen Renegaten**, die „Arbeiterpolitik", zu diesem Mahnruf der „Linken" einnimmt, die ihn mit der Ueberschrift „Sendewitz ruft zum Kampf!" versieht. Was diese gehässigsten Feinde des Kommunismus hier kaum noch verhüllt offen unterstützen, daß ist eben diese Absicht der „Linken", unter allen Umständen den Zustrom gewaltiger Massen enttäuschter sozialdemokratischer Arbeiter zur Kommunistischen Partei unmöglich zu machen. Es wird ihnen nicht gelingen. Es gibt kein Zwischen-den-Fronten-Stehen in dieser Situation des aufs äußerste zugespitzten Klassenkampfes in Deutschland.

Der Mahnruf der „Linken" wird verhallen, denn die Sozialdemokratische Partei kann und will ihre Politik der Erhaltung dieses kapitalistischen Systems, ihre Rolle als Arzt des kranken Kapitalismus, wie sie von Tarnow eindeutig festgelegt wurde, nicht aufgeben. Aber gegen den Willen derer, die dieses neue Vertuschungsmanöver eingeleitet haben, wird es den Prozeß der Abwanderung der sozialdemokratischen Arbeitermassen in unser Lager, in das Lager des Kommunismus nur beschleunigen. Dieser Massenstrom wird zuerst hinwegfegen über alle die, die sich ihm entgegenstellen wollen.

Der Mahnruf der „Linken" ist nur ein neues **Signal des Zerfalls der Sozialdemokratischen Partei**, der wachsenden revolutionären Einheitsfront kommunistischer, sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter unter der Führung der Partei Lenins!

Der „Marxist" der Dresdner SPD!

Im Unterhaus beantragte der „Marxist" Macdonald, den Abgeordneten der Arbeiterpartei, Mac Govern, von der Sitzung auszuschließen. Mac Govern, der heftig gegen knebelnde Polizeibestimmungen protestiert hatte, weigerte sich, den Saal zu verlassen. Bei dem Versuch, auf Veranlassung Macdonalds Mac Govern mit Gewalt zu entfernen, kam es zu einem Handgemenge. Mac Govern bleibt für die ganze Session ausgeschlossen. Macdonald schmeißt seinen eigenen Gesinnungsgenossen heraus! Macdonald paßt prachtvoll zu Arzt, Edel und Wedel, die ebenso antimarxistische Volksverräter sind wie er.

148 Monate Kerker in Bautzen!

Unglaubliches Klassenurteil gegen die Arbeiter / Die Nazis frei!

Bautzen, 4. Juli.

Gegen die wegen des Zusammenstoßes mit den Nazis in Kl.-Dehsa angeklagten Arbeiter wurde ein ungeheuerliches Klassenurteil gefällt. Es erhielten: der Arbeiter Erich Ulbrich anderthalb Jahre, 8 andere Arbeiter je 1 Jahr 2 Monate, drei je 6 Monate Gefängnis. Einer wurde freigesprochen. Insgesamt wurden also 12 Arbeiter zu 148 Monaten, d. h. zu über 12 Jahren Kerker verurteilt. Den Nazis, die Bürgerkriegsübungen in Kl.-Dehsa veranstalteten, wurde kein Haar gekrümmt.

Kein Terror kann die revolutionäre Massenbewegung unterdrücken. Bulgarien beweist das, die Entwicklung in Deutschland wird den Beweis unterstreichen. Was nottut ist, Massenkampf gegen Notverordnung, Faschismus und Klassenjustiz, für Stärkung der Roten Hilfe, sowie der KPD und der kommunistischen Presse. Es kommt der Tag, da werden wir die Richter sein . . .!

*

Bautzen, 3. Juli

Am heutigen Verhandlungstage gegen die wegen Landfriedensbruch angeklagten Arbeiter wurden einige Entlastungszeugen vernommen.

Die Zeugin, Frau Kuhn und Frau Seifert, aus Löbau, sagen aus, daß bei dem Angeklagten Meißner eine Verwundung, wie das während den Verhandlungen behauptet wurde, **nicht zu sehen war.** Sie bezeugen weiter, daß **der Angeklagte Werner überhaupt nicht in Dehsa gewesen sein kann.** Werner hat sich am 1. Mai eine ernstliche Fußverletzung zugezogen. Eine Beteiligung an dem Marsch nach Dehsa sei ganz ausgeschlossen gewesen. Auch der **Angeklagte Reitsch**, ist nicht in Dehsa gewesen, das beweist die Aussage zweier Zeugen. **Reitsch hat nämlich am fraglichen Abend eine Frauenversammlung geleitet.** Bei dem **Angeklagten Kleinert** stützt sich das Gericht darauf, daß er doch Verwundungen gehabt hätte. Dieselben hat sich jedoch der Angeklagte durch einen Radsturz zugezogen. Dies wird bestätigt durch die Aussage des **Herrn Dr. Kastner aus dem Stadtkrankenhaus.** Die Aussagen der Zeugen beweisen, daß die genannten Arbeiter zu **Unrecht unter Anklage gestellt worden sind.**

Daß die Nazis lügen, **nur um Arbeiter ins Gefängnis zu bringen**, daß sie aus einer Schramme einen Schädelbruch machen, ersieht man aus der Aussage des Nervenarztes Körner aus Dresden, der erklärt, daß er bei dem angeblich schwerverletzten Erbmann keinen Schädelbruch hätte feststellen können.

So war durch eine Anzahl Zeugen **Unhaltbarkeit der Anklage erwiesen. Rechtsanwalt Helm stellt das** in seiner Verteidigungsrede **nachdrücklichst fest.** Er erklärt: Die Bürgerkriegsübungen **übersieht das Gericht einfach.** Es überliest den Befehl des Naziführers **„Schulterriemen runter."** Es überliest das die **Arbeiter die Angegriffenen** und lediglich **in Notwehr gehandelt haben.** Das Gericht kann den Angeklagten nichts Strafbares nachweisen. Wenn aber trotzdem der Staatsanwalt hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt, so beweist das nur den **Klassencharakter des Gerichts.**

Folgendes Urteil wurde gefällt:

Genosse Ulbrich zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Acht Genossen zu je 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Drei Arbeiter zu je 6 Monaten Gefängnis.

Zwei Arbeiter wurden sofort in Haft behalten. Die Angeklagten beantworteten das Urteil mit trotzigem Rot-Front-Rufen.

Abwehr der braunen Mordpest wird mit Gefängnis bestraft. Kein Terrorurteil wird die Arbeiter aufhalten, ihren antifaschistischen Kampf zu verstärken. **Wehrhafter und ideologischer Massenkampf gegen den Faschismus, nun erst recht.** Hilft den **Opfern der Klassenjustiz. Gebt Rote Hilfe.**

Wieder Nazimord: in Gleiwitz!

Gleiwitz, 4. Juli. (Eig. Meld.)

In der Nacht zum Donnerstag überfiel ein Trupp Nazis heimkehrende Arbeiter. Ohne irgendwelche Veranlassung gaben sie **auf die Arbeiter Schüsse ab**, wobei der Genosse **Matschurek schwer verletzt wurde. Genosse Matschurek ist inzwischen seiner schweren Verletzung erlegen!** Im Laufe des gestrigen Tages wurden 3 Nationalsozialisten festgenommen, wobei **die Waffe, die zu dem tödlichen Schuß benutzt wurde, bei dem einen der verhafteten Nationalsozialisten gefunden wurde.**

*

Berlin, 4. Juli.

In Berglelde bei Birkenwerder fand Donnerstagabend eine geheime, den Polizeibehörden nicht gemeldete nationalsozialistische Versammlung, an der vornehmlich SA-Leute teilnahmen, statt. Soweit bisher festgestellt worden ist, kam es schon bei dieser Gelegenheit zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern, die schließlich in einer allgemeinen Schlägerei endeten. Als sich gegen 23 Uhr der Büroangestellte Schmerbeck nach Hause begeben wollte, wurde er etwa 100 Meter von dem Versammlungslokal entfernt, von seinen eigenen Kameraden hinterrücks überfallen, die mit Stuhlbeinen und Bierflaschen so lange auf ihn einschlugen, bis er besinnungslos wurde. Dabei wurde ihm auch das rechte Auge eingeschlagen. Auch das linke Auge ist so schwer verletzt, daß völlige Blindheit befürchtet wird.

*

Leipzig, 4. Juli. (Eig. Meld.)

Am Donnerstag abend **überfiel eine Horde Nazis einige Arbeiter.** Im Verlaufe des sich entspinnenden Kampfes sind den mehrere Revolverschüsse abgegeben, wodurch ein Nationalsozialist **tödlich verletzt wurde.** Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden.

Goebbels-Versammlung war erlaubt!

Nazis, Polizeioffiziere und SPD in Sachsen

Dresden, 4. Juli.

Das Polizeipräsidium Dresden hatte die für gestern angemeldete Versammlung gegen das Spartakiadeverbot verboten. Hingegen genehmigte sie die Abhaltung der Naziversammlung, in der Goebbels u. Co. auftreten. Das kennzeichnet den Polizeikurs in Dresden. Wie wir erfahren, werden diese Vorgänge im Landtag im Zusammenhang mit dem KPD-Antrag auf Absetzung des Polizeipräsidenten Kühn besonders behandelt werden. Notwendig ist jedoch vor allem, dazu in den Betrieben mit Stempelstellen Stellung zu nehmen. Kampf dem faschistischen Polizeikurs in Dresden!

In der werktätigen Bevölkerung herrscht große Empörung über das Treiben der Polizeioffiziere und der Nazis in Sachsen. Die SPD, die dieses Treiben durch ihre Tolerierungspolitik unterstützt, versucht jetzt unschuldig zu tun und der Stimmung der Massen ein wenig Rechnung zu tragen. So gesteht z. B. die sächsische SPD-Presse (auch die Volkszeitung) im Bericht über die letzte Landtagssitzung:

„Die gestrige Landtagssitzung brachte ein erschütterndes Bild, wie weit es mit dem Polizeiverhältnissen in Sachsen gekommen ist. . . . Das sind Zustände, die an die Zeiten des verflossenen Kaiserreichstaates erinnern, wie sie sich innerhalb der sächsischen Polizei herausgebildet haben . . . Da gibt es einen Oberleutnant Büttner in Chemnitz, der die brutalen Methoden des früheren Militärstaates neu belebt, indem er plötzlich in die Stube der Polizeianwärter eintritt und den Mülleimer auf den Boden umkippt; der sich ein Vergnügen daraus macht, den Stiefelknecht zum Fenster hinauszuwerfen, um dann sämtliche Polizeianwärter hinterherzujagen. Da gibt es einen Hauptmann, der einen Oberleutnant nach erfolgter Meldung zurückgehen läßt, damit er sich im Laufschritt noch einmal bei ihm melden solle . . . Sind wir schutzlos diesem Vandentum ausgeliefert? Geben wir dafür 12 Millionen Mark an Polizeikosten aus? Wollen Sie aus Sachsen ein neues Chicago machen lassen? . . . In Chemnitz ist es zu geradezu sadistischen Quälereien gekommen, stundenlang hat man 78 verhaftete Arbeiter in strömendem Regen mit „Hände hoch" stehen lassen. . . . Wie in unmittelbarer Nähe eines Polizeikommandos die Nazis aus dem Straßengraben gemeine Ueberfälle auf Arbeiter verübten, wie sie mit organisierten Kolonnen in ein Haus eingebrochen sind und sich Polizeibefugnisse anmaßten, all das alles unter den Augen, teilweise sogar mit Duldung der Polizei geschah."

Ja, so ist es und noch viel schlimmer. Wer aber ist es, **die Schieck-Regierung, um deren Polizei es sich hier handelt unterstützt? Die SPD! Sie unterstützt Schieck und damit ist sie in vollem Maße für das ungeheuerliche Toben der Polizeioffiziere und Nazis verantwortlich.**

Und wer ist es, der in Leipzig Polizei gegen Arbeiter einsetzt und damit den arbeiterfeindlichen Geist der Polizei nährt? **SPD-Fleißner!** Wer ist es, der in Preußen einen verbrecherischen Schießerlaß herausgibt? **SPD-Severing!** Der Kampf gegen die **Faschisierung Brüning-Deutschlands und Schieck-Sachsens kann nur gleichzeitig als Kampf gegen die polizeisozialistische SPD** geführt werden.

Immer stärkere Anforderung von Devisen

Die ungeschützten Annuitäten werden weiterbezahlt

Gestern erfolgte auf dem Berliner Devisenmarkt wieder eine außerordentliche Nachfrage. Sie ist teils auf neue ausländische Kreditkündigungen, teils auf Kapitalflucht, teils auf Spekulation zurückzuführen. Die Reichsbank will, wie die Blätter melden, verschärfte Abstriche an den Devisenanforderungen der Banken machen. Die Mark zeigt im Auslande eine Tendenz des Sinkens. Der Untergrund all dessen ist die tiefe Wirtschaftskrise; die Hooveraktion bringt keine Abschwächung der Krise.

Paris, 4. Juli.

Die Sitzung der französischen und amerikanischen Delegierten ergab, wie die bürgerlichen Telegraphenbüros melden, eine „Einigung". Demnach sollen die ungeschützten Annuitäten, die **ungeschützten Jahreszahlungen (600 Millionen) von Deutschland weiter geleistet werden.** Das ist aus dem „Zahlungsaufschub"-Plan Hoovers geworden. Natürlich kann von einer Einigung zwischen den imperialistischen Mächten keine Rede sein, es ist im Gegenteil eine steigende Verschärfung festzustellen, wobei der Hauptgegensatz der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion besonders wächst.

Schmeling hat das bessere Geschäft gemacht

Neuyork, 4. Juli

Im Boxkampf „siegte" Schmeling in der 15. Runde durch Knockout über Stribling. Die Manager haben, da das Mißtrauen wegen der Schiebungen immer größere Kreise erfaßt, kein so glänzendes Geschäft gemacht wie sonst. Immerhin kann Schmeling ein nettes Dollarsümmchen einstreichen und da er „gesiegt" hat, etwas mehr als der „besiegte" Stribling. (Siehe unsere heutige Beilage „Rundum die Welt")

Heute 20 Uhr große Kundgebung im Keglerheim